

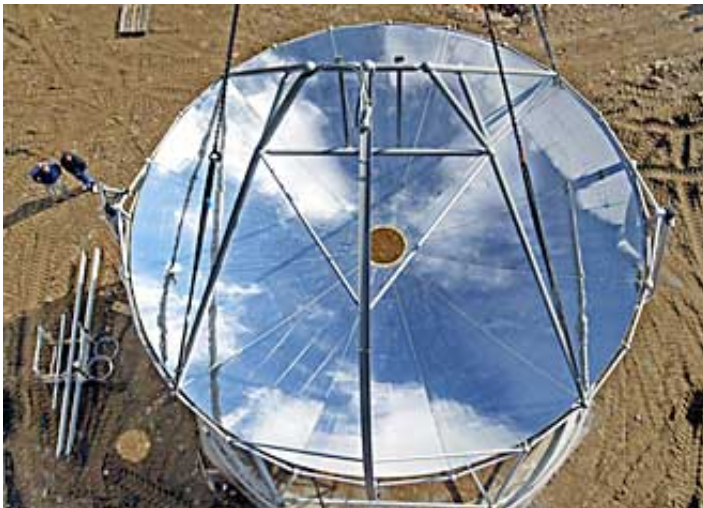
# Wirtschaft fordert billigere erneuerbare Energie

**Die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien am 4. Juni in Bonn wirft ihre Schatten voraus - Präsident der Industrie- und Handelskammern: Preise müssen wirtschaftlich vertretbar sein**

*Von Sascha Stienen*

**Bonn.** Im Vorfeld der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien am 4. Juni in Bonn hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) einen Forderungskatalog aufgestellt, den auch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen unterstützen.

"Wir brauchen erneuerbare Energien", sagte der Präsident der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern, Gerd Pieper, am Montag im Bonner Alten Wasserwerk. Aber: "Wir brauchen sie zu wirtschaftlich vertretbaren Preisen."



**Die Nutzung** der Solarenergie steht nach Einschätzung von Experten vor einer vielversprechenden Zukunft. Bei dieser Solaranlage handelt es sich um ein gefördertes Pilotprojekt. Foto: dpa

Der DIHK fordert, die Subventionen im Energiebereich abzubauen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Zudem lehnt der Wirtschaftsverband die Festlegung verbindlicher Anteile erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung ab.

Energieforschung solle gezielt voran getrieben werden, um dadurch erneuerbare Energien zu fördern. Schließlich gelte es, Marktzugangshemmnisse abzubauen und bürokratische Genehmigungsverfahren zu streichen.

Pieper begrüßte den Einsatz von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement für einen "Emissionshandel mit Augenmaß", der die Belastungsgrenzen der Unternehmen berücksichtige. Weil Clement am Montag in Berlin weilte, skizzierte sein Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch die Positionen des Bundeswirtschaftsministeriums.

Der "Produktionsfaktor Strom" dürfe nicht so teuer werden, dass deutsche Unternehmen ins Ausland abwandern. Die Energieversorgung in Deutschland werde langfristig nicht von der Kohle zu trennen sein - trotz des bis 2020 angepeilten Anstiegs der erneuerbaren Energien an der Gesamtstromproduktion auf 20 Prozent.

Adamowitsch verurteilte Geschäftemacherei mit Öko-Projekten: "Es kann nicht sein, dass man Geld an solchen Standorten mit Windkraftanlagen verdienen kann, wo kein Wind weht."

Auch Axel Ockenfels sieht keinen Grund dafür, windschwache Regionen zu fördern. Der Kölner Energiewirtschaftswissenschaftler kritisierte, das deutsche Fördersystem bestrafe Ineffizienz nicht hart genug. Die Preissteuerung des Gesetzes für Erneuerbare Energien schließe jeglichen Wettbewerb aus: "Im Moment haben wir einen Preis, der das Resultat eines administrativen politischen Prozesses ist."

Allein zur Verwirklichung des Ziels "CO<sub>2</sub>-Verminderung" sei das System viel zu teuer. Ockenfels sagte, es gebe preiswertere Möglichkeiten, die Emissionsmenge zu verringern. Dazu trügen beispielsweise frühzeitige Modernisierungen von Kraftwerken bei.

Der Münchener Energiewirtschaftswissenschaftler Ulrich Wagner verdeutlichte, dass CO<sub>2</sub> durch die Kombination von Windstromeinspeisung und Kraftwerksmodernisierung vermieden werde.

Seiner Ansicht nach könnte der Bund zudem mehrere Milliarden Euro sparen, wenn er einfach die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke verlängere. Wagner sagte, Deutschland sei Weltmeister in der Windstromerzeugung, dennoch werde nur ein kleiner Teil des Gesamtbedarfs dadurch abgedeckt.

(29.03.2004)